

Gemeinderatsfraktion  
**GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**  
**Stadträtin Dr. Gisela Splett**  
**Stadträtin Bettina Lisbach**  
**Stadtrat Klaus Stapf**

Vorlage Nr. 249

TOP 6

**Antrag**

vom: 01.03.2005

eingegangen: 01.03.2005

**11. Sitzung des Gemeinderates am 19. April 2005**

Öffentlich  Nichtöffentlich

**Thema:**  
**Luftreinhalteplan**

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO):	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften:	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

**Finanzielle Auswirkungen:** Ja  Nein

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)

Ergänzende Erläuterungen: ---

## **Stellungnahme des Bürgermeisteramtes:**

Die Thematik wurde im Nachgang zur Stellungnahme der Verwaltung vom 16.11.2004 im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit in der Sitzung am 04.02.2005 behandelt. Seitens der Vertreter der Gesellschaft für Umweltmessungen und –erhebungen (UMEG) und des Regierungspräsidiums Karlsruhe wurde die Luftschadstoffsituation in Karlsruhe und die hinsichtlich eines Luftreinhalteplanes zu treffenden Erfordernisse detailliert dargelegt.

### **Zu 1.**

Die Ermittlung der Luftschadstoffsituation und die Aufstellung von Luftreinhalteplänen ist Aufgabe des Landes. Im Zuge zahlreicher in der Vergangenheit durchgeführter Messkampagnen ist die Luftqualität und Schadstoffverteilung im Stadtgebiet bekannt. Für flächendeckende Messungen wie sie anlässlich des Luftreinhalteplanes 1990 und des Luftberichtes 1994/95 durchgeführt wurden, wird aus Sicht des Landes keine Notwendigkeit gesehen, da hierbei keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind. Die Belastungsschwerpunkte in Karlsruhe sind bekannt, hierzu zählt in erster Linie die Reinhold-Frank-Straße.

Eine Erweiterung des Luftmessnetzes in Karlsruhe ist angesichts der gerade umgesetzten Kürzungen seitens des Landes nicht zu erwarten und auch aus fachlicher Sicht nicht geboten.

Simulationen und Modellrechnungen werden von der Stadt projektbezogen regelmäßig durchgeführt (z. B. bei Planungsvorhaben im Straßenbau oder bei Planungen in verkehrsmäßig stark belasteten Räumen). Die generelle Luftsituationsbetrachtung im gesamten Stadtgebiet und Prognose ist wiederum Aufgabe des Landes.

### **Zu 2.**

Die Bevölkerung wird schon seit geraumer Zeit über die Ergebnisse von Luftschadstoffmessungen und deren Bewertung durch verschiedenste Stellen (Internet, Videotext, Pressemitteilungen, Lufttelefon usw.) informiert. Dies wird auch in Zukunft fortgeführt.

### **Zu 3.**

Die geforderte städtische Arbeitsgruppe ist bereits aktiv. Diese hat die Aufgabe, der Aufforderung des Regierungspräsidiums entsprechend mögliche Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten und dem Regierungspräsidium mitzuteilen. Bevor dies geschieht, werden die Vorschläge der Arbeitsgruppe im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zur Diskussion gestellt.

Zuständig für das Verfahren zum Luftreinhalteplan und damit auch für die Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit ist das Land. Dort wird zu gegebener Zeit entschieden, welche Maßnahmen in den Maßnahmenplan aufgenommen werden und inwieweit die Vorschläge der Stadt berücksichtigt werden.

### **Zu 4.**

Das Land ist auch zuständig für die Ursachenanalyse und Immissionsermittlung. Damit verbundene Kosten für Gutachten werden voraussichtlich vom Land getragen. Die Kosten für Maßnahmen sind gegenwärtig noch nicht bezifferbar, da nicht bekannt ist, welche Maßnahmen durchzuführen sind.

Seitens der Verwaltung wird auf jeden Fall immer geprüft, auf welche Weise sich die Stadt kostenmäßig entlasten kann. Fördermittel sind hierfür jedoch gegenwärtig nicht ersichtlich.

Die Problemstellung betrifft nicht nur Karlsruhe sondern ist in fast allen Ballungszentren mehr oder weniger stark ausgeprägt. Karlsruhe hat z. B. im Vergleich zu Stuttgart deutlich weniger Luftschadstoffprobleme.

**Aus Sicht der Verwaltung wird dem Antrag in wesentlichen Punkten bereits entsprochen. In den übrigen Punkten ist der Antrag aus Sicht der Verwaltung nicht zielführend. Es wird daher empfohlen, den Antrag abzulehnen.**